



**Gemeinsamer Antrag aller im Bezirksausschuss 21 Pasing-Obermenzing  
vertretenen Fraktionen zur BA-Sitzung am 10.01.17**

**Antrag:**

**Der Bezirksausschuss 21 Pasing-Obermenzing fordert das Direktorium auf, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Bezirksausschüsse zukünftig frühzeitig in gerichtlich angeordnete Mediationsverfahren eingebunden werden können.**

**Begründung:**

Im Rahmen eines gerichtlich angeordneten Mediationsverfahrens zwischen den Klägern und der LH München sind im Straßenzug Offenbach- / Meyerbeerstraße verschiedene verkehrsrechtliche Maßnahmen durch das Kreisverwaltungsreferat als Verkehrsversuch angeordnet worden. Diese Maßnahmen - u.a. ein ganztägiges Lkw-Durchfahrtsverbot verbunden mit der Einrichtung einer Lkw-Sperre in Höhe der Brücke an der Marsopstraße - haben zum Teil gravierende Auswirkungen auf die Verkehrsflüsse im Stadtbezirk.

Der Bezirksausschuss 21 wurde im Vorfeld weder zu den im Rahmen des Mediationsverfahrens angedachten Maßnahmen angehört, noch wurde er über sie informiert.

Für die CSU-Fraktion: F. Vogelsgesang  
Für die SPD-Fraktion: C. Söllner-Schaar  
Für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen: I. Standl  
Für die FDP-Fraktion: K. Bezdeka  
Für die Freien Wähler: K.-H.Wittmann  
Für die ÖDP: S. Haider